

Offener Brief zur rechten Anschlagsserie in Seehausen

An die demokratischen Ratsmitglieder des Verbandsgemeinderates Seehausen, des Stadtrats der Hansestadt Seehausen sowie des Stadtrats von Osterburg,

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

wir sind eine Gruppe von Betroffenen rechter Gewalt in Ihrer Gemeinde/Nachbargemeinde. Wir wenden uns an Sie, um auf eine Problemlage aufmerksam zu machen und um eine Aufarbeitung der Geschehnisse anzuregen.

Anfang November verurteilte das Amtsgericht Stendal einen jungen Mann und eine junge Frau, weil sie die Brandstiftung am alten Bahnhofsgebäude von Seehausen begangen hatten. Im August hatte das Landgericht Stendal zudem drei Männer für den „Ku-Klux-Klan“-Angriff verurteilt, der ebenfalls am Bahnhofsgebäude stattgefunden hatte. Zudem beschloss das Amtsgericht Stendal, eine staatsanwaltschaftlich bereits vorliegende Anklage zu einem Rohrbombenanschlag auf Verkehrswende-Aktivist*innen im Bahnhofsgebäude abzulehnen. Wie Sie sicher wissen, hatten sich dort Aktivist*innen getroffen, um ihren Protest zu organisieren, Öffentlichkeit zu schaffen und die Waldbesetzung auf der A14-Trasse zu unterstützen.

Als mehrfach direkt und indirekt Betroffene der Anschlagsserie in Ihrer Gemeinde beziehungsweise Ihrer Nachbargemeinde appellieren wir an Sie, die Aufarbeitung der Geschehnisse nicht mit den Verurteilungen als abgeschlossen zu betrachten. Die Verurteilungen durch die Gerichte schaffen das Problem nicht aus der Welt, bergen aber die Gefahr einer Verfestigung vom Opfernarrativ, das sich deutlich sichtbar unter den Täter*innen und ihren Unterstützer*innen breit gemacht hat.

Die Täter*innen waren keine ideologisch isolierten Einzelpersonen. Sie handelten teilweise koordiniert und unter der Gewissheit des Zuspruchs von Teilen des Freundes- und Verwandtenkreises und der lokalen Bevölkerung. Sie sind in der örtlichen Gesellschaft verwurzelt und vernetzt: Die Haupttäterin der Brandstiftung wohnt in der Gemeinde Seehausen, der Mittäter in der Gemeinde Werben. Zwei der drei verurteilten Täter des „Ku-Klux-Klan“-Angriffs sind in Seehausen wohnhaft, einer in der Gemeinde Osterburg. Und sie fühlten sich im Recht – legitimiert unter anderem durch vielfache Aufrufe zu Gewalt in den sozialen Medien. Verbreitet waren auch populistische Stellungnahmen von Lokal- bis Landespolitik. Die teils ordnungswidrigen Protestaktionen von Umweltaktivist*innen wurden mit den, meistens brutalen, Verbrechen ihrer rechten Gegner*innen gleichgesetzt. Deren Taten wiederum richteten sich nicht auf die Verteidigung des A14-Ausbaus, sondern insbesondere gegen die als fremd, als Wessis, Ausländer und vermeintlich bezahlte Berufsdemonstrant*innen wahrgenommenen Klima-Aktivist*innen.

Wozu wir Sie, liebe Ratsmitglieder, aus aktuellem Anlass der ergangenen Urteile auffordern möchten, ist eine Reflektion der Ereignisse und des kommunalpolitischen Umgangs mit ihnen. Unserer Meinung nach sind Sie die erste und wirkmächtigste staatliche Instanz, wenn es darum geht, einer gefährlichen rechtspopulistischen und gewalttätigen Entwicklung in Ihren Gemeinden entgegen zu wirken. Sie sind gut vernetzt, Sie kennen Umfeld, soziale Kreise und vielleicht sogar Familien der Täter*innen. Und Sie können in jenem sozialen Umfeld, in dem die Taten gegen die Klimaaktivist*innen vielfach begrüßt worden sind, sensibilisierend und aufklärend wirken. Keine Landes- und auch keine Bundespolitik könnte das so gut wie Sie.

Denn wenn eine solche Sensibilisierung nicht stattfindet, wenn es eine zu geringe soziale Ächtung der Taten gibt, dann wird sich die fremdenfeindliche Gesinnung verfestigen, die bereits heute in Ihren Gemeinden vorherrscht. Klar ist: Am stärksten haben darunter Geflüchtete zu leiden. Doch letztlich schlägt eine nach rechts gekippte Stimmung in Gemeinden, Kommunen und ländlichen Gegenden

auch auf diese selbst zurück. Das gilt ausdrücklich auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Eine als fremdenfeindlich wahrgenommene Umgebung wirkt, wie Studien zeigen, abschreckend für Unternehmen. Nicht zuletzt angesichts des drängenden Fachkräftemangels ist die Wirtschaft auf Arbeitskräfte angewiesen, deren familiäre Wurzeln nicht in Deutschland liegen. Die aber wollen aus nachvollziehbaren Gründen nicht dort arbeiten oder gar hinziehen, wo sie mit verstärkter Diskriminierung und Ausgrenzung rechnen müssen.

Liebe Ratsmitglieder: Wir möchten Sie außerdem daran erinnern, dass mehrere der Betroffenen der "Ku-Klux-Klan"-Attacke aus der Gemeinde Seehausen sind. Wie die weiteren Betroffenen mussten sie zunächst davon ausgehen, dass der Beschuss mit scharfer und zum Töten gefertigter Munition erfolgte, nicht wie tatsächlich mit Paintball- und Gummigeschossen.

Aus der Traumaforschung ist hinlänglich bekannt, dass es oft nicht die Tat selbst ist, die die größten Narben in der Psyche der Betroffenen hinterlässt, sondern der Umgang Dritter mit der Tat – das Alleinlassen, das Verschweigen, das Bagatellisieren, das Solidarisieren mit Täter*innen. Und eine belastende gerichtliche Aufarbeitung, in der die Perspektiven von Betroffenen häufig zu kurz kommen und die Frage nach dem „Warum?“ nicht ausreichend geklärt wird.

Liebe Ratsmitglieder: Wir möchten Sie auch daran erinnern, dass ein Denkmal der Stadt Seehausen großteilig niedergebrannt wurde und bis heute wortwörtlich in Schutt und Asche liegt. Die so prominent gelegene Ruine wird vermutlich noch über Jahre ans Geschehene erinnern. Diese Tat wurde auch von Menschen aus Ihren Gemeinden begangen – unter dem fadenscheinigen Vorwand, ihre Heimat zu beschützen. Es ist auch Ihre Heimat, in der sich wohl noch ewig das Gerücht halten würde, der Brand sei von den Verkehrswende-Aktivist*innen selbst gelegt worden, wenn sich die tatsächlichen Täter*innen nicht durch Online-Chats selbst belastet hätten. Die Aufklärung der Tat darf somit als großes Glück gelten.

Es ist wahr: Sie als Stadträt*innen tragen nicht die Verantwortung für eine mangelnde Weltoffenheit leider zu vieler Ihrer Gemeindemitglieder. Und wir wissen, dass es derzeit kein Zuckerschlecken ist, kommunale Verantwortung zu tragen – erst recht nicht für die, die sich laut gegen Rechts aussprechen. Dennoch bitten wir Sie, sich über die vor Gericht gewonnenen Erkenntnisse zu informieren – auch und gerade in Hinsicht auf die viel zu breite Unterstützung in Ihren Gemeinden. Für all diejenigen Bürger*innen wiederum, die nicht zu den Unterstützer*innen der Taten zählen, wäre eine öffentliche Aufarbeitung der belastenden Zeit der Anschlagsserie – etwa in Form einer Veranstaltung, einer Diskussion oder Ausstellung – sicher hilfreich. Und sie wäre ein wichtiger Mutspender für alle, die nach wie vor vom erstarkenden Neofaschismus in der Region bedroht sind.

Für die (mehrfach) Betroffenen: Cressida Bölke, Zoltan Schäfer, Jonathan Gabriel Katzer, Milan Bölke